

JURATS

Konzept

Stand: 03.02.2017

Inhaltsverzeichnis

JURATS.....	1
Was wir praktisch machen wollen.....	2
Warum wir das machen wollen.....	3
Doing by learning.....	4
Reicht nicht ein Praktikumsplatz?.....	6
U- 25, Jugendwahn oder politische Notwendigkeit?.....	6
Kandidaten ohne Programm?.....	7
Bildung.....	8
Politische Teilhabe junger Menschen fördern.....	8
Mehr Transparenz.....	9
Und wo bleiben die Inhalte?.....	10
Die politische Nachwuchsförderung durch die Parteien.....	12
Politische Nachwuchsförderung als kommunale Aufgabe.....	14
Demokratisierung der Demokratie auf kommunaler Ebene.....	17
Abgrenzung zum Populismus.....	20
Der Verein Junge Ratsmitglieder, JURATS.....	21
Vorstandsmitglieder.....	22
Fragen an potentielle junge Ratsmitglieder aus dem Vorstand.....	23
Die Kommunalpolitische Schule (KPS).....	26
Ihre Aufgaben.....	26
Ihr Aufbau.....	27
Die Zusatzausbildung in der KPS.....	28
Mögliche Bildungsinhalte.....	31
Finanzierung.....	32
Kampagne OWL 2020, Kommunalwahl in NRW.....	33
Was Sie tun können.....	35

Was wir praktisch machen wollen

Wir wollen ein Demokratieexperiment wagen und die politische Nachwuchsförderung neu erfinden.

Die klassische Karriere für einen Politiker in Deutschland beginnt bisher mit der sog. „Ochsentour“ in einer Partei. Die Bezeichnung „Ochsentour“ wird verwendet, weil dieser Weg als sehr strapaziös gilt. Von den Neulingen wird erwartet, dass sie sich zunächst auf „Hilfsarbeiten“ beschränken, wie z.B. Flugblätter verteilen, Infostände besetzen oder Plakate kleben. Am Anfang empfiehlt es sich, könnte man meinen, in den manchmal nie enden wollenden Ortsverbandssitzungen erst einmal den alten Parteihasen zuzuhören, bevor man selbst den Mund aufmacht.

Wir halten diese Strukturen für nicht sehr einladend und wollen deswegen die politische Nachwuchsförderung attraktiver gestalten.

Ganz praktisch wollen wir eine politische Nachwuchsförderung durch eine parteipolitisch unabhängige "Ochsentour deluxe" organisieren.

Deluxe heißt dabei:

- eigenes kommunales Mandat mit der dazugehörenden Aufwandsentschädigung,
- Zusammenarbeit mit Gleichaltrigen,
- gezielte individuelle und schulische Begleitung, z.B . durch Seminare und kommunale Projektarbeit während und am Ende der (Zusatz-) Ausbildung.

Konkret wollen wir das erreichen, in dem wir Jugendliche unter 25 Jahren bewegen, bei der Kommunalwahl 2020 in OWL (Ostwestfalen) für die Stadträte zu kandidieren. Danach wollen wir die gewählten jungen Ratsmitglieder (JURATS) zu einer kommunalpolitischen Schule (KPS) vernetzen. Ziel ist es, auf regionaler Ebene eine von den Bürgern gewählte Versammlung zu etablieren, die über die Form und die Inhalte der politischen Nachwuchsförderung für eine Legislaturperiode entscheidet.

Warum wir das machen wollen

Wir wollen,

- unsere demokratische Gesellschaft von unten stärken und neue Wege erkunden,
- in Anbetracht globaler Krisen Kommunalpolitik als Raum bewerben, in dem politische Gestaltung noch möglich und begreifbar ist,
- mehr Jugendliche an der politischen Willensbildung teilhaben lassen,
- mit U-25 Fraktionen Jugendlichen einen Freiraum für eigene Ideen schaffen,
- mit den Mitteln der kommunalen Aufwandsentschädigung (z.B. Sitzungsgelder) Jugendlichen die finanziellen Möglichkeiten einräumen, für ihre Arbeit haltbare Strukturen aufzubauen,
- die Ortsverbundenheit und das Verantwortungsgefühl junger Menschen stärken,
- jungen Menschen Freude an der Arbeit am Allgemeinwohl vermitteln,
- Wissenstransfer zwischen kommunalen Mandatsträgern generationsübergreifend fördern,
- mit der kommunalpolitischen Schule eine durch Wahlen legitimierte Institution für die politische Nachwuchsförderung schaffen,
- kommunale Willensbildung verständlicher und transparenter gestalten,
- die Akzeptanz für den Beruf des Politikers erhöhen,
- Protest- und Nichtwählern ein konstruktives Angebot machen,

- den Einfluss von Parteipolitik auf die kommunalpolitische Ebene verringern,
- das kommunale und regionale Selbstbewusstsein stärken.

Doing by learning

Unser Bildungskonzept lautet „learning by doing“ und unser politisches Konzept heißt "doing by learning".

„Doing by learning“, Machen/ Tun durch Lernen wird von uns frei übersetzt mit: Verändern durch Lernen. Es handelt sich um eine Einladung an junge Menschen, die kommunalpolitische Willensbildung als einen Prozess zu verstehen, an dem sie als Lernende teilnehmen dürfen und sollen. Wir wollen, dass Jugendliche den Mut finden, sich nicht länger in irgendwelche „Parallel-Gremien“, wie z.B. Jugendräte oder kommunale Jugendparlamente verweisen zu lassen. Wir wollen, dass Jugendliche auf Augenhöhe mit den älteren Mitgliedern der ordentlichen kommunalen Vertreterversammlungen tagen, auch wenn sie vielleicht am Anfang mehr Fragen als Antworten haben. Der Ansatz „doing by learning“ soll junge Menschen ermutigen, sich trotz ihrer Unerfahrenheit um ein kommunales Amt zu bewerben. Die Idee „Doing by learning“ soll jungen Menschen die Angst vor Überforderung nehmen und damit den Weg zu aktiver Veränderung ebnen:

Auf kommunaler Ebene wollen die JURATS direkte Veränderung dadurch schaffen, dass sie den Anspruch auf politische Teilhabe junger Menschen durchsetzen. Damit sorgen sie dafür, dass die Räte wieder mehr zu dem Abbild der Einwohnerschaft einer Kommune werden.

Ihre Unerfahrenheit erlaubt es den JURATS bzw. zwingt sie dazu, Fragen zu stellen. Dadurch werden politische Maßnahmen für alle verständlicher. Dies ist wiederum Grundvoraussetzung für eine größere Transparenz in der Politik.

Zur demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft tragen die JURATS bei, indem sie das Monopol der Parteien auf dem Gebiet der politischen Nachwuchsförderung in Frage stellen und selbst definieren, mit welchen Inhalten und Methoden sich die politische Nachwuchsförderung beschäftigen soll.

Menschen streben aus den unterschiedlichsten Gründen ein politisches Amt an. Leider ist das Ansehen des Berufs des Politikers in der Gesellschaft mittlerweile so ramponiert, dass Menschen mit politischen Ambitionen oft unredliche Absichten unterstellt werden. Immer öfters wird Politikern Geltungssucht, Faulheit oder Bereicherungsabsicht nachgesagt. Noch schlimmer trifft der Vorwurf, dass der Grund für den Wunsch nach politischer Einmischung in der Naivität der betreffenden Person zu finden sei. In dem Wort „Gutmensch“ schwingt eine solche Unterstellung mit.

Wir wollen mit „doing by learning“ ein weiteres, ein neues Motiv für politisches Engagement bereitstellen. Wir suchen die Menschen, die ihren persönlichen Nutzen aus ihrem politischen Engagement darin sehen, etwas lernen zu können. Wir hoffen, dass dieses Motiv auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen wird und junge Menschen anspricht, die bisher nicht daran gedacht haben, ein politisches Amt anzustreben.

Wir glauben daran, dass demokratische Staaten anderen Regierungsformen auf Dauer überlegen sind, weil sie lernfähiger sind. Ein Alleinherrscher kann es sich nicht leisten Fehler einzugestehen, weil er damit den Grund seiner Herrschaft in Frage stellt. Eine Gesellschaft, die sich schwer damit tut, Fehler einzugestehen ist wenig lernfähig. Demokratie ist ein andauernder großer Lernprozess. Demokratie -so verstanden- ist effektiv und stark. Politiker, die sich engagieren, weil sie ein Teil dieses Lernprozesses sein wollen, können auf kommunaler Ebene nicht verkehrt sein.

Reicht nicht ein Praktikumsplatz?

Oft wird als erste Reaktion auf unser Anliegen die Meinung vertreten, dass es besser wäre, einem politisch interessierten Jugendlichen Wissen zu vermitteln, z.B. in Form eines Praktikums bei einem Politiker, bevor man ihn politische Verantwortung übernehmen lässt.

Das ist nicht unser Ansatz. Praktikumsplätze gibt es reichlich. Wenn das Anbieten von Praktikumsplätzen ausreichend wäre, hätten wir keinen Mangel bei der Förderung des politischen Nachwuchses.

Ein Praktikumsplatz ist in der Regel geprägt von einem Über- und Unterordnungsverhältnis. Wir wollen keinen Praktikumsplatz und auch kein Jugendparlament ohne Rechte. Wir wollen Teilhabe für junge Menschen auf Augenhöhe.

Ein Praktikumsplatz ist in der Regel auch nur für eine Person bestimmt. Wir wollen nicht einzelne Personen in ein System schicken, wo sie lernen können, „wie die Großen“ es machen. Wir wollen viele „Praktikantenfraktionen“, die so stark sind, dass auch „die Großen“ von „den Kleinen“ etwas lernen können.

Ein Praktikumsplatz ist in der Regel nicht nur schlecht bezahlt, sondern kann leider auch manchmal ziemlich langweilig sein. Wir wollen, dass Jugendliche gemeinsam Freude am Lernen haben und eine Chance sehen, durch Politik etwas zu verändern.

U- 25, Jugendwahn oder politische Notwendigkeit?

U-25 bedeutet, dass alle Kandidaten der JURATS bei der Kommunalwahl 2020 nicht älter als 25 Jahre sind. Als wir 2014 das Projekt erstmals online

diskutieren wollten, schrieb uns Ernst Ulrich von Weizsäcker (Co-Chair, International Resource Panel (UNEP), Co-President, The Club of Rome): „Ich finde Ihre Initiative wunderbar. Man soll dabei aber nicht in den FDP-Fehler verfallen, Neulinge für geeignet zu halten, unser Land zu regieren, bloß weil sie jünger und frischer aussehen als die Erfahrenen.“

Diese Ansicht teilen wir. Hierzu ist zunächst zu sagen, dass auf kommunaler Ebene mehr verwaltet als regiert wird (s. Kapitel Nachwuchsförderung als kommunale Aufgabe).

Warum es notwendig ist, nur Jugendliche unter 25 antreten zu lassen, ergibt sich aus folgenden Gründen:

Ein älterer Erwachsener kann es sich nicht leisten, ohne Versprechen bei einer Wahl anzutreten (s. Kapitel „Kandidaten ohne Programm“). Die JURATS sind vermutlich die einzigen Kandidaten, die das können, weil es ihnen die Wähler wegen ihres jungen Alters verzeihen werden, dass sie mehr Fragen als Antworten haben.

Ein Grund für die Altersbegrenzung ist auch der Wunsch, Jugendlichen einen Raum für etwas Neues zu sichern. Wir wollen nicht Sammelbecken von vielleicht frustrierten Menschen werden, die es nicht geschafft haben, woanders ein Amt zu erreichen. Das Prinzip U-25 soll einen Schutz vor extremistischen oder populistischen Einflüssen bieten.

Wir wollen ein demokratisches Experiment wagen, das auch Spaß machen soll. Das geht am besten unter Gleichaltrigen.

Ein weiterer Grund ist, dass „U-25“ das Profil der Wählgemeinschaft ausmacht, mit dem beim Wähler gepunktet werden soll. Wo jung drauf steht muss auch jung drinnen sein.

Kandidaten ohne Programm?

Kann man für ein politisches Amt kandidieren, nur mit dem Versprechen, sich nach bestem Wissen und Gewissen mit den kommenden Aufgaben auseinandersetzen zu wollen?

Wenn man sehr mutig ist, kann man das tun. JURATS müssen das machen, weil die Wählergemeinschaft der JURATS nicht mit einem konkreten kommunalpolitischen Wahlprogramm zur Wahl antritt. Der gemeinsame Nenner der JURATS ist der Dreiklang: Bildung des politischen Nachwuchses, Förderung der Teilhabe junger Menschen an der demokratischen Willensbildung und Schaffung einer größeren Transparenz im Rathaus.

Dies schließt natürlich nicht aus, dass ein einzelner Kandidat eigene politische Vorstellungen hat und diese auch äußert.

Mit der Umsetzung der gemeinsamen Ziele beginnen die JURATS schon vor der Wahl:

Bildung

Bereits im Wahlkampf schlüpfen die Jugendlichen in die Rolle kandidierender Politiker und können aus dieser Perspektive viel über den demokratischen Aufbau unserer Gesellschaft lernen und dabei ihre organisatorischen und kommunikativen Fähigkeiten unter Beweis stellen.

Wie die politische Bildungsarbeit nach der Wahl aussehen soll, wird in dem Kapitel „Zusatzausbildung in der KPS“ beschrieben.

Politische Teilhabe junger Menschen fördern

Auch dieses „Wahlversprechen“ wird bereits im Wahlkampf eingelöst. Wer es geschafft hat Wählerlisten aufzustellen, sich also zur Wahl stellt und damit in echte Konkurrenz zu den anderen Wählergemeinschaften und Parteien tritt, ist

bereits eine politische Größe. Das Märchen, dass Jugendliche kein Interesse an politischer Teilhabe hätten, wäre damit beispielhaft widerlegt. Die Parteien müssten nach den Gründen verstärkt bei sich selbst suchen, warum Jugendliche sich für sie immer weniger interessieren.

Je größer der Wahlerfolg der JURATS wäre, desto höher wäre die Anzahl der jungen Menschen, die zukünftig in der Lokalpolitik eine Rolle spielen.

Mehr Transparenz

Setzen sich die ersten beiden Wahlziele quasi von selbst um, müssten die JURATS für mehr Transparenz im Rathaus vor allen Dingen Linie halten und ihre Unerfahrenheit als Trumpf ausspielen.

Voraussetzung für eine transparente Meinungsbildung ist, dass politische Maßnahmen solange hinterfragt werden, bis sie in einer verständlichen Sprache ihre tatsächlichen Absichten klar zu erkennen geben.

Erfahrene Politiker, die vielleicht schon unter einer gewissen Betriebsblindheit leiden, sind bei dieser Arbeit nicht immer im Vorteil gegenüber unvoreingenommenen jungen Menschen.

Bei älteren Kommunalpolitikern besteht außerdem die Gefahr, dass sie Angst haben, Fragen zu stellen, weil fehlendes Wissen als mangelhafte Kompetenz ausgelegt werden könnte. Für diesen Schlag Politiker ist die Entscheidungsfindung im Hinterzimmer immer noch eine willkommene Selbstverständlichkeit. Ihr politisches Ziel ist nicht transparente Politik, sondern im Hinterzimmer mit am Tisch sitzen zu dürfen.

Die Entscheidungsprozesse aus den Hinterzimmern in eine öffentliche Ratssitzung zu transportieren, ist dagegen das Anliegen junger

Kommunalpolitiker, die sich als Teil eines demokratischen Lernprozesses verstehen.

Weil die JURATS besonders darauf angewiesen sind, sich mit der Bürgerschaft austauschen zu dürfen, ist es ein großes Anliegen für sie, möglichst viele Themen in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln. Allzu oft wird dem in den Gemeindeordnungen manifestierten Grundsatz der öffentlichen Sitzung zu wenig Bedeutung beigemessen.

Und wo bleiben die Inhalte?

Jetzt wird es immer noch viele kritische Leser geben, denen die Forderungen nach Bildung, Teilhabe und Transparenz zu inhaltsleer sind. Die der Meinung sind, dass man mit einer „jungen Selbstfindungsgruppe“ nicht Politik machen könne. Leser, die die Entstehung politischen Engagements in der Reihenfolge kennen, dass erst ein konkretes politisches Anliegen schmerzen muss, welches dann den Willen aufkommen lässt, sich politisch einzumischen. Leser, die in dem Projekt JURATS nur eine Einrichtung für karriereorientierte Jugendliche erkennen können, die zum eigenen Vorteil eine politische Laufbahn einschlagen wollen.

Diese Leser müssten sich vielleicht noch einmal den Sinn und Zweck des Demokratieexperiments „doing by learning“ vor Augen führen. Wir befinden uns auf der kommunalen Ebene. Um sich hier einzumischen bedarf es keiner weltpolitischen Grundüberzeugung.

Die Möglichkeit, in die Rolle eines Kommunalpolitikers schlüpfen zu können, soll einem JURAT ja gerade helfen, seine politische Überzeugung erst noch zu finden.

Politiker, von denen gleich zu Beginn ihrer Karriere erwartet wird, dass sie neben ihren eigenen Überzeugungen auch den gesamten ideologischen Überbau ihrer Partei mit vertreten, müssen zwangsläufig überfordert sein. Es

gibt nun mal keine Partei oder Ideologie, die auf jede Situation die richtige Antwort kennt. Und selbst wenn es sie gäbe, wäre nicht zu erwarten, dass ein Jugendlicher sie auf Anhieb verstünde und das gute Gefühl hätte, er wisse wovon er rede.

Wer sich trotzdem einer Partei anschließt, sollte deswegen vorher gelernt haben, dieses Dilemma auszuhalten. Wir brauchen selbstbewusste Politiker und nicht Politiker, die vor allen Dingen gelernt haben, sich hinter inhaltslosen Worthülsen zu verstecken.

Ferner sei den kritischen Lesern gesagt, dass die Forderung nach mehr Transparenz alles andere als inhaltslos ist. Die Freiheit, sich ungehindert aus öffentlichen Quellen informieren zu dürfen ist immerhin ein Grundrecht, welches von der Rechtsprechung aus Artikel 5 Abs. 1 unserer Verfassung (Meinungsfreiheit) entwickelt worden ist.

Dieses Informationsfreiheitsrecht steckt noch in den Kinderschuhen. Wer sich eine Gesellschaft wünscht, die in Freiheit lebt, braucht aufgeklärte (informierte) Individuen, die verantwortlich handeln. Transparenz ist der größte Feind strukturkonservativer Besitzstandswahrer.

Die Frustration über mangelnde Transparenz ist heute schon ein wichtiger Motor für politisches Engagement, z.B. für die gegenwärtig starke Bewegung gegen Freihandelsabkommen (TTIP, CETA) oder für eine ehrliche Lebensmittelindustrie. Dass diese Bewegungen stark sind, hat vielleicht auch damit etwas zu tun, dass Jugendliche sich hierbei für oder gegen eine politische Maßnahme einsetzen können, ohne gleichzeitig Verantwortung für irgendeine ideologische Ausrichtung oder für ein ganzes Parteiprogramm übernehmen zu müssen.

Die Frage lautet dann doch: Wie können wir kritische Jugendliche von der Notwendigkeit überzeugen, nicht nur gegen oder für etwas kurzfristig zu

demonstrieren, sondern langfristig Verantwortung für ein besseres Konzept zu übernehmen? Anfang der 1980er Jahre ist es den Grünen in beachtenswertem Umfang gelungen, eine neue Generation in die politische Verantwortung zu bringen. Die Grünen mussten in die Parlamente, weil ihre großen Themen (Anti-AKW, Frauen, Frieden, Naturschutz, Umwelt) dort nicht vertreten waren. Heute werden diese Themen in den Parlamenten vertreten und die Situation ist deswegen eine andere.

Wir müssen also über andere Optionen nachdenken, den Weg für neue Generation kritischer Politiker in die Institutionen attraktiver und damit durchlässiger zu gestalten. JURATS ist vielleicht das richtige Angebot. Und als letztes sei den kritischen Lesern gesagt, dass wir nicht nur über neue Wege nachdenken, sondern sie auch gehen wollen. Hierfür müssen wir nicht alle überzeugen. Um aus dem Experiment JURATS ein erfolgreiches Modell für die Förderung des politischen Nachwuchses in einer demokratischen Gesellschaft zu machen, benötigen wir bei der Kommunalwahl 2020 in NRW 15 bis 20 % der Wählerstimmen.

Die politische Nachwuchsförderung durch die Parteien

Zu der politischen Nachwuchsförderung durch die Parteien gibt es einige Bestandsaufnahmen und wenig erfolgversprechende Lösungsansätze. Wir verweisen z.B. auf das Buch von Thomas Leif: „Angepasst und ausgebrannt: Die Parteien in der Nachwuchsfalle - Warum Deutschland der Stillstand droht.“ Das Buch endet mit der Forderung nach einer Jugendquote.

Eine sehr gute Analyse liefert auch Prof. Hurrelmann in seinem Gastbeitrag auf Spiegel-Online vom 04.01.2017. Das durchschnittliche deutsche Parteimitglied ist 60 Jahre alt. Nur 8 Prozent sind unter 30. Wer also als junger Mann oder als junge Frau in eine Partei eintritt, sieht sich generationenbezogen in einer absoluten Minderheit. Auch bei Hurrelmann lauten die Lösungsvorschläge: Quote und Praktikum.

Eine Zusammenfassung dieser Analysen und eine Untersuchung der Nachwuchsförderung auf lokaler Ebene wäre an dieser Stelle sehr schön. Eine Auseinandersetzung mit der Altersstruktur der Stadträte in OWL, um Belege für die (offensichtlich) fehlende Teilhabe junger Menschen in der Politik präsentieren zu können, wäre ebenfalls erforderlich.

Warum die Parteien nicht die richtige Adresse für Nachwuchsförderung sind, ergibt sich aber auch schon aus ganz allgemeinen Überlegungen. Politische Ämter werden bei uns mit Menschen besetzt, die von den Parteien ausgewählt werden. Wer also politische Verantwortung in einem Amt übernehmen möchte, schließt sich einer Partei an. Deswegen haben Parteien ein Monopol bei der politischen Nachwuchsförderung.

Aber sind die Parteien wirklich die richtige Institution, um junge Menschen auf die Übernahme eines öffentlichen Amtes vorzubereiten? Sorgen die Parteien tatsächlich dafür, dass unsere fähigsten Leute an die Macht kommen?

Wenn das so wäre, wäre dies schon sehr erstaunlich, weil Parteien nicht dem Zweck dienen, ihre Mitglieder zu fördern. Parteien sollen nach unserem Grundgesetz bei der politischen Willensbildung eine herausragende Stellung einnehmen und sind in ihrem Kern Konkurrenzgemeinschaften. Das heißt, wenn nicht gerade Wahlkampfzeit ist, herrscht innerhalb der Partei ein Hauen und Stechen. Ein Jeder kennt die Steigerung: Feind, Todfeind, Parteifreund.

Die Rekrutierung des politischen Personals ist für die Mitglieder der Parteien in aller Regel eine lästige Nebenaufgabe. Wer fördert schon gerne seine eigene Konkurrenz? Es ist nur Theorie, dass neue und gute Leute bei den Ortsverbänden der Parteien mit offenen Armen empfangen werden.

Wir halten es deswegen für dringend notwendig, dass es eine Institution gibt, die junge Menschen vorbereitet, sollten sie einmal Mitglied einer politischen Partei werden wollen. In den Parteien lernt man viel zu schnell, wer wichtig ist

und vergisst dabei allzu schnell, was wichtig ist.

Wir wollen junge Menschen theoretisch mit Bildung und praktisch durch Vernetzung so vorbereiten, dass sie ohne Schaden durch das Parteiensystem in eine größere politische Verantwortung kommen können.

Wenn ein junger Mensch das Bedürfnis verspürt, mittels Politik die Welt verändern zu wollen, wollen wir ihm die Gelegenheit geben, auf kommunaler Ebene in die Rolle eines Politikers zu schlüpfen und sich mit den lokalen Vertretern der politischen Parteien auf einer öffentlichen Bühne auseinanderzusetzen. Die gute Erfahrung konstruktiv und verantwortlich für das Allgemeinwohl gearbeitet zu haben, kann für jungen Menschen eine prägende Erfahrung mit Langzeitwirkung sein.

Jetzt werden einige Leser sagen, so funktioniert Politik nicht. Wer politische Macht will, muss das Zeug haben, sich auch ohne Förderung nach oben zu kämpfen.

Es ist aber unbestreitbar, dass die Parteien unter einem erheblichen Mitgliederschwund und einer deutlichen Vergreisung leiden. Damit schwinden auch die Möglichkeiten der Parteien, aus dem eigenen Fundus politische Ämter mit qualifizierten Personen zu besetzen. Bereits aus diesem Grund sollten die Parteien auf dem Gebiet der politischen Nachwuchsförderung bald ihr Monopol verlieren, wollen wir zukünftig nicht von Menschen regiert werden, die nur an der Macht sind, weil kein anderer mehr die Lust verspürt, sich für ein demokratisches Amt zu begeistern.

Politische Nachwuchsförderung als kommunale Aufgabe

Politische Nachwuchsförderung ist keine kommunale Aufgabe im klassischen Sinn. Eine typische kommunale Aufgabe ist in der Regel durch ihren lokalen Bezug gekennzeichnet. Es geht z.B. um die Straßen, den Müll, den Friedhof,

kurz gesagt um die Dinge vor Ort. Bildungspolitik kann hier auch hingehören, denken wir z.B. an die Volkshochschulen, die in der Trägerschaft der Kommunen liegen.

Die Zuständigkeit der Kommunen für die politische Nachwuchsförderung soll aber ohnehin nicht aus der Gemeindeordnung abgeleitet werden, sondern aus einem klaren Wählerauftrag. Dieser Auftrag wird erteilt, wenn dieses Projekt bei den Wählern bei der Kommunalwahl 2020 in NRW Anerkennung findet.

Wenn wir nicht einfach nur zuschauen wollen, dass die politischen Parteien ihrer Verantwortung aus der Monopolstellung bei der politischen Nachwuchsförderung nicht mehr gerecht werden, stellt sich die Frage, wer in unserer Gesellschaft die Kompetenz besitzt, es besser zu machen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist eine der zentralen Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und die „Keimzelle“ einer vitalen Bürgergesellschaft. So wurde die kommunale Selbstverwaltung mit ihrer bürgerschaftlichen Mitwirkung schon seit den Zeiten des Freiherrn vom Stein als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Durch die Mitwirkung der Bürger soll der Übermacht der Verwaltungsbürokratie entgegengewirkt und Bürgernähe gewährleistet werden. Das ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik wird als wichtige Lernstation und als Teil der „Ochsentour“ zu den hauptamtlichen Positionen auf den höheren Ebenen betrachtet. Dadurch können die Bürger politische Techniken entwickeln und ihre Beherrschung erlernen, welche sie für die politische Karriere benötigen. Die Gemeinde gilt als ursprüngliches Feld für die politische Betätigung des Bürgers (vgl. Marion Reiser, Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik, 2006).

Kommunale Selbstverwaltung ist dezentral und kann transparent sein. Diese Institution bringt damit die wichtigste Voraussetzung für die Ausbildung von Politikern in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft mit.

Dass die Organe der kommunalen Selbstverwaltung sehr gute Orte für das erfolgreiche Praktizieren des Lernkonzepts „learning by doing“ sind, wird am Ende des Kapitels „Die Zusatzausbildung in der KPS“ erläutert.

Hier soll nur kurz dargestellt werden, warum nicht die öffentliche Ordnung gefährdet ist, wenn wir einem Ratsmandat auch die Funktion eines Ausbildungsplatzes zuweisen. Oder kurz gesagt, warum nicht Anarchie droht, wenn wir „halbe Kinder“ in die Räte wählen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist geprägt durch Landes- und Bundesgesetze, deren Einhaltung von einer staatlichen Rechts-, Fach- und Finanzaufsicht überwacht wird. Kommunen haben ein Satzungsrecht. Sie können keine eigenen Gesetze verabschieden.

Die größte Verantwortung in den Kommunen tragen spätestens seit der Reform der Kommunalverfassung in den 1990er Jahren nicht die Ratsmitglieder. Die größte Verantwortung liegt bei den hauptamtlichen Bürgermeistern und deren Verwaltungen. Seitdem in NRW der Bürgermeister direkt von den Bürgern gewählt wird, ist die Macht und die Verantwortung des Bürgermeisters gegenüber dem Rat noch einmal deutlich gestärkt worden. Oder anders gesagt, die bereits schwache Stellung der ehrenamtlichen Ratsmitglieder ist noch einmal erheblich beschränkt worden.

Der Bürgermeister hat die Möglichkeit, wenn er einen Schaden durch eine Entscheidung des Rates für die Stadt befürchtet, die Beschlüsse des Rates anzuhalten. Erkennt er Rechtsverletzungen, ist er zum Anhalten der Beschlüsse verpflichtet. Die Rechtsaufsicht bestätigt dann die Entscheidung des Rates oder gibt dem Bürgermeister Recht. Diese Entscheidungen sind durch Verwaltungsgerichte überprüfbar.

Die Haushaltshoheit, als die wichtigste Domäne des Stadtrates, unterliegt einer strengen staatlichen Finanzaufsicht.

Die Wahl eines Jugendlichen in das Amt eines Ratsmitgliedes stellt also keine Gefährdung, sondern vielmehr eine Bereicherung der kommunalen Selbstverwaltung da.

Die Zusammensetzung eines Stadtrats sollte das Abbild der Einwohner seiner Stadt sein. Diesem demokratischen Anspruch genügen die Parteien nicht. Es gibt zu wenig Jugendliche, zu wenig Frauen und vermutlich überhaupt keine EU-Ausländer in den Räten.

Wenn wir Jugendliche in die Räte wählen, schaffen wir einen Gegenpol zu der unter vielen kommunalen Parteifunktionären weit verbreiteten Betriebsblindheit und der starken Neigung zu Kompetenzsimulation.

Auch thematisch stellen Jugendliche eine echte Bereicherung der Räte dar. Ein Jugendlicher hat z.B. zu Fragen der Schulverwaltung oder zu den Folgen der Digitalisierung unserer Gesellschaft einen ganz anderen Bezug als ein älteres Ratsmitglied.

Eigentlich ist alles besser als Parteipolitik auf kommunaler Ebene, die eigentlich nur eine Fassadendemokratie betreibt (s. Kapitel Demokratisierung der Demokratie).

Demokratisierung der Demokratie auf kommunaler Ebene

Was wir auf kommunaler Ebene an Demokratie erleben, kann als Fassadendemokratie bezeichnet werden. Von dieser wird gesprochen, wenn nur auf der Fassade das Etikett „Demokratie“ klebt, das Gebäude aber innen entweder leer ist oder etwas anderes als demokratische Verhältnisse beherbergt.

Eine Demokratie wird leer, wenn das Zusammenspiel zwischen Bürgern, Medien und Politik nicht funktioniert. Dies führt dazu, dass Politiker für ihre

Arbeit nicht das richtige Feedback von den Bürgern (Wählern) erhalten. Es interessieren sich einfach zu wenig Menschen für ihre Politiker.

Auf kommunaler Ebene ist das Problem - quer durch alle Schichten - besonders ausgeprägt. Ausgerechnet bei Bürgern mit hohem Bildungsgrad kann nicht selten eine besondere Ignoranz gegenüber Kommunalpolitikern beobachtet werden. Manchmal steigert sich diese Ignoranz sogar noch zu Verachtung oder Mitleid nach der Devise: „Wer abends für kleines Geld im Rathaus sitzt hat entweder ein schreckliches Zuhause oder keine Freunde oder beides.“ Es müsste gelingen, diese Stimmungslage zu drehen. Einen Trend dazu gibt es bereits. Weltweit gibt es zahlreiche lokale Initiativen, die z.B. mit örtlichen Währungen, solidarischer Landwirtschaft oder kommunaler Energiepolitik große Probleme angehen. Hier heißt es schon jetzt: „Klein ist das neue Groß.“

Neben der großen Gruppe der Nichtwähler gibt es die große Gruppe der Etikettenwähler, die weder die Politiker noch ihre Politik kennen und nur nach Parteibuch bei Wahlen ihre Stimme vergeben. Bemerkenswert ist dabei, dass die Gruppe der Etikettenwähler im Gegenteil zu den Nichtwählern genau das tut, was das System von ihr erwartet: Der Etikettenwähler macht auf den Stimmzetteln sein Kreuz neben den in Großbuchstaben geschriebenen Kürzeln der Parteien. Bei Kommunalwahlen tun Etikettenwähler das, obwohl es z.B. keine einheitliche sozialdemokratische oder christdemokratische Kommunalpolitik gibt.

Parteipolitik wird auf kommunaler Ebene von vielen Menschen eher als störend empfunden, weil bei Kommunalpolitik Sachfragen im Vordergrund stehen, und die Farbe des Parteibuchs nur wenig damit zu tun hat, ob ein Ratsmitglied für oder gegen einen neuen Sportplatz ist. In manchen Städten ist die FDP für starke öffentlich verwaltete Stadtwerke und die Grünen beschwerten sich über Unkraut in den Rabatten. Der Wähler, der darauf vertraut, dass die Parteien für ihn Kandidaten aussuchen, die am ehesten eine Politik machen, die seinem

Weltbild entspricht, unterliegt einer großen aber vielleicht auch sehr bequemen Illusion.

Partei politik auf kommunaler Ebene ist eine schlechte und ziemlich sinnfreie Angelegenheit, von der wir uns möglichst bald verabschieden sollten. Insbesondere bei engagierten Kommunalpolitikern führen die bestehenden Verhältnisse oft zu großer Frustration. Ihre Arbeit wird, wie bereits ausgeführt, nach dem Etikett, welches in Gestalt des Parteinamens auf ihr klebt, bewertet. Die Möglichkeiten des Kommunalpolitikers, Einfluss auf die Gestaltung des Etiketts zu nehmen sind äußerst gering. Unser Bild von einer Partei wird durch die mediale Präsenz von Parteipolitikern der Bundes- und Landesebene geprägt. Für den Beleg der Richtigkeit dieser Aussage muss man keine Statistik bemühen. Wir können immer wieder beobachten, dass eine Partei auf allen Ebene verliert, wenn auf Bundesebene z.B. Wahlversprechen gebrochen werden.

Den Kommunalpolitiker kennen andere Kommunalpolitiker und ein paar Wenige, die regelmäßig den Lokalteil lesen. Ein Kommunalpolitiker kann also so fleißig sein, wie er will. Ein demokratisches Echo, eine Würdigung seiner Arbeit wird er in den seltensten Fällen erleben. Wer trotzdem kämpft verdient dafür größte Anerkennung. Nicht selten wird der optimistische Kommunalpolitiker für sein Engagement von seinen Kollegen aber nur belächelt.

Unsere Rathaussäle sind voll mit Menschen, die um diese Fassadenpolitik genau Bescheid wissen. Das Desinteresse der Bevölkerung an der Politik in der eigenen Stadt führt umgekehrt dazu, dass die Politiker vor Ort sich auch immer weniger für den Bürger und für gute Kommunalpolitik interessieren.

Wir drehen uns im Kreis, vielleicht ist es auch eine Abwärtsspirale. Solange es dabei allen Beteiligten gut geht, stört sich an diesen Zuständen auch kein großer Geist. Aber was ist, wenn Populisten und Extremisten anfangen an der

Fassade zu kratzen? Wenn die Fassade bröckelt und dahinter nur noch leerer Raum ist, womit werden die Populisten diese Räume füllen? Wer zieht dann ein in das politische Erdgeschoss unserer Gesellschaft?

Wir haben vor Ort ein großes Missverständnis von Demokratie. Demokratie lebt von aufmerksamen Bürgern, die ihre demokratische Kontrollfunktion ernst nehmen. Eine lebendige Demokratie braucht mehr als Nicht-oder Etikettenwähler.

Jetzt wird mancher Leser vielleicht denken, was interessiert mich die Provinz. Was soll schon passieren, wenn die Leute über Sportplätze und Kanalgebühren streiten und dabei Parteipolitik spielen? Das ist keine große Politik.

Wir sind der Ansicht, dass insbesondere die Parteienkritiker, die ihr Augenmerk nur auf die Führungsspitzen der Parteien richten, auf dem Holzweg sind. Dieser Fisch stinkt nicht vom Kopfe her. Wer etwas gegen den verkrusteten Parteienstaat machen möchte, muss auf die Basis der Parteien zielen. Die Basis ist die Partei. Deren örtliche Funktionäre werden mit Druckvorlagen und Sitzungsgeldern der Kommunen beschäftigt. Fehlen der Parteibasis diese Möglichkeiten, wird es mancher Ortsverband schwer haben, zu überleben.

Wenn die personellen Verflechtungen der Lokalpolitiker über die Parteischiene mit den Politikern auf Landes- und Bundesebene eingeschränkt würden, könnte dies zu einer Aufwertung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Ohne informelle Abhängigkeiten verhandelt es sich einfach transparenter und besser. In der Literatur gibt es Stimmen, die in der Politikverflechtung zu den höheren Ebenen des politischen Systems eine Ursache für die Finanzkrise der Kommunen sehen (vgl. Karrenberg/Münstermann, Städtische Finanzen, Kollaps oder Reformen! In: Der Städtetag, 55 Jg. 2002, Heft 4, 4-13).

Und noch eins sollten die Leute, die sich Veränderung wünschen, aber nicht ihr Großstadtbiotop verlassen wollen, sehen: Die Populisten gewinnen die Wahlen

auf dem Land gegen die Städte.

Auf kommunaler Ebene kann einer Fassadenpolitik durch Bürgerbegehren und durch eine Veränderung des Wahlsystems (Kumulieren und Panaschieren, s. Wahlrecht in Hessen oder Niedersachsen) entgegen gewirkt werden. Letzteres gibt es in NRW (noch) nicht.

Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen. Auf kommunaler Ebene sind für uns Parteipolitiker "Etikettenpolitiker", gegen die wir mit einer ganz anderen Vorstellung von kommunaler Politik kandidieren wollen. Wir wollen der kommunalen Ebene in unserem demokratischen Staatsaufbau eine zusätzliche Funktion abringen. Sie soll auch zur Demokratieschule werden.

Abgrenzung zum Populismus

Mit den Populisten haben wir gemeinsam, dass wir auch „Anti-Establishment“ sind und uns keine Diskussionsverbote auferlegen lassen wollen.

Aber nicht jeder, der die Etablierten kritisiert, ist ein Populist. Und nicht jeder, der keiner Diskussion aus dem Weg gehen will, macht damit automatisch verfassungswidrige Meinungen salonfähig.

Wir wünschen uns Politiker, die keine Diskussion scheuen und sich dabei für unsere Werte stark machen, nämlich Demokratie, Freiheit, den Respekt vor dem Recht, sowie der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung.

Demokratie zu leben und sie so zu schützen, dass heißt für uns:

Nicht Vereinfachung, sondern die Einsicht, dass Demokratie kompliziert ist und die Bereitschaft erfordert, sich mit Sachfragen im Detail zu beschäftigen;

Nicht überlegene Moral oder die Behauptung, dass wir alleine Volkes Willen repräsentieren, sondern die Einsicht, gemeinsam Antworten finden zu müssen und dabei keine Diskussionsverbote zu akzeptieren;

Nicht den Austausch einer alten gegen eine neue Elite, sondern den Aufbau einer größeren, verantwortungsvolleren und besser gebildeten Elite.

Der Verein Junge Ratsmitglieder, JURATS

Wir sind Bürger im Alter zwischen 17 und 50 Jahren, die sich im Bad Oeynhausener Bürgermeisterwahlkampf 2015 kennen gelernt und ihr gemeinsames Interesse an Kommunalpolitik gefunden haben. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Zweck des Vereins ist laut Satzung die Förderung und Bildung des politischen Nachwuchses durch die Förderung der Teilhabe junger Menschen an der kommunalpolitischen Willensbildung, um einen Beitrag zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie in einem vereinten und offenen Europa zu leisten. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Unterstützung kommunaler Wählervereinigungen von Jugendlichen im Alter von unter 25 Jahren.

Der Verein, der sich 2016 gegründet hat und offen ist für Menschen jeden Alters, hat zunächst in Bad Oeynhausen eine Ortsgruppe ins Leben gerufen, die sich zur Aufgabe gemacht hat, bis 2019 eine kommunale Wählervereinigung zu gründen, die eine Wahlliste erstellt auf der nur Jugendliche kandidieren, die nicht älter als 25 Jahre (U-25) sind.

Ferner will der Verein dafür werben, dass Bürger in anderen Städten OWLs seinem Beispiel folgen. Diese Bürger können Mitglieder bei JURATS e.V. werden und in jedem Ort in OWL eine eigene Ortsgruppen mit Menschen in jedem Alter gründen. Das Ziel dieser Ortsgruppen ist ebenfalls, bis 2019 Wahllisten mit U-

25 Kandidaten zu erstellen.

Vorstandsmitglieder

Denis Utas

Mein Name ist Denis Utas, geboren bin ich 1996 in Bad Oeynhausen. Ich studiere zurzeit an der Universität Bielefeld im Hauptfach Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften im Nebenfach. Seit meiner Schulzeit am Immanuel-Kant-Gymnasium interessiere ich mich für Politik. Die letzten zwei Jahre an der Schule besetzte ich das Amt des Schülersprechers und war zudem für diese Zeit Vertreter der Schülerschaft im Schulausschuss der Stadt Bad Oeynhausen.

Es ist mein Ziel mit JURATS den politischen Diskurs in unseren Stadträten neu anzuregen, mit der Idee von Dialogen und Kompromissen, abseits von Fraktionsdisziplin oder Parteitreue. Kommunale Politik sollte von Bürgern für Bürger gestaltet werden

Frederike Schröder

Hallo, mein Name ist Frederike Schröder und ich bin 17 Jahre alt. Zur Zeit mache ich mein Abitur am IKG und möchte danach gerne in Bielefeld studieren. Ich engagiere mich seit der 7. Klasse in der Schülervertretung, bin seit zwei Jahren Schülersprecherin und bin an Politik interessiert. Mir macht es viel Spaß die Schüler/innen zu motivieren, an sozialen Projekten, wie z.B. an einer Flüchtlingsnachhilfe oder an einer Podiumsdiskussion zum Thema Wählen, teilzunehmen. Ich denke, dass es wichtig ist, die Jugendlichen schon früh für Politik und soziale Arbeit zu begeistern, weil die jungen Menschen sich meistens nicht von der Politik angesprochen fühlen und oft denken, nichts bewirken zu können. Aber gerade interessierte Jugendliche bringen viele neue Ideen und denken meist moderner. Gerade deswegen sollte man ihnen die Chance geben, mitzusprechen, selber ihre Meinung einzubringen und Erfahrungen zu sammeln. Daher bin ich Mitglied bei den Jurats, weil ich denke,

dass dieses Konzept das ermöglichen kann.

Stefan Ott

Hallo, mein Name ist Stefan Ott. Ich bin 50 Jahre alt und von Beruf Rechtsanwalt. Ich bin im Verein für die Finanzen zuständig. Ich war ein JURAT. Im Alter von 18 Jahren war ich Mitglied für die Grünen in dem Stadtrat von Bad Oeynhausen. Wenn der Stadtdirektor in den Sitzungen seine Ausführungen mit den Worten begann: „Sie, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, wissen das natürlich, aber für Herrn Ott möchte ich die Frage noch einmal grundsätzlich erläutern.“ herrschte gespannte Ruhe und Aufmerksamkeit im Saal.

Ich bin Schulabbrecher und zur Zeit meiner Tätigkeit im Stadtrat hatte ich keinen Schulabschluss. Ich habe viel gelernt in dieser Zeit und auf dem zweiten Bildungsweg mein Abitur nachgeholt. Davon, dass learning by doing und doing by learning funktioniert, bin ich sehr überzeugt. Ich bin bereit in dieses Projekt sehr viel Zeit zu investieren und Sorge dafür, dass Ihre Spenden zielgerichtet verwendet werden.

Die grüne Partei habe ich nach 30 Jahren Mitgliedschaft verlassen. Die Grünen sind für mich auf kommunaler Ebene so verkrustet wie alle anderen Parteien auch. Frustriert bin ich deswegen aber nicht.

Fragen an potentielle junge Ratsmitglieder aus dem Vorstand

Ott: Denis, du studierst in Bielefeld und wohnst noch in Bad Oeynhausen. Zu meiner Zeit wollten alle nach dem Abitur möglichst schnell und möglichst weit weg von Bad Oeynhausen. Wieso bist Du noch hier?

Denis: Ich wohne gerne in Bad Oeynhausen. Für mich ist die Stadt eine gute Mischung: nicht absolutes Kuhdorf aber auch nicht anonyme Großstadt. Die

meisten kennen Bad Oeynhausen nur von der Durchfahrt auf der Satdtautobahn. Da sieht Oeynhausen sehr großstädtisch aus. Mir gefällt das Umland. Ich fühle mich hier verbunden.

Ott: Frederike, du gehst hier noch zum Gymnasium und machst nächstes Jahr dein Abi. Könntest Du Dir auch vorstellen nach dem Abi nicht sofort das Weite zu suchen?

Frederike: Wenn ich mein Abi mache, dann bin ich 18. Ich muss dann nicht sofort weg. Ich finde unser Projekt sehr spannend. Bis 2020 ist natürlich noch viel Zeit, aber ich gehe noch zur Schule und habe von uns allen noch den besten Draht zu den Leuten, die wir 2020 brauchen. Diesen Draht will ich so schnell auch nicht abreißen lassen.

Ott: Ihr zwei wart bzw. seid noch in der SV (Schülervertretung) und habt auch schon in Parteien oder deren Jugendorganisationen Erfahrungen gesammelt. Erzählt mal, was habt ihr gemacht bzw, was macht ihr so?

Frederike: In der SV haben wir uns mit der Sanierung des Innenhofes beschäftigt. Anfangs haben wir versucht, das selbst zu machen, konnten aber dann die Stadt überzeugen, dass hier Verkehrssicherungspflichten verletzt werden. Dann lief es. Außerdem nimmt unsere Schule an einem Projekt gegen Rassismus teil. Wir organisieren z. B. Nachhilfe für Flüchtlinge.

Ott: Denis , du hast auch in der SV gearbeitet?

Denis: Ja, wir haben z.B. bei der Kommunalwahl 2014 eine Podiumsdiskussion mit den Kandidaten organisiert, die ich moderiert habe. Ich habe mich auch bei ein paar Parteien umgesehen. Bei dem Planspiel „Jugend-Landtag NRW“ habe ich die Rolle der MdL Inge Howe von der SPD für drei Tage übernommen. Das war sehr interessant. Auch bei den Linken habe ich mal reingeschaut. Aber da ist nicht viel passiert. Auf Kreisebene haben sich in einem Hinterzimmer von einer Gaststätte eine kleine Handvoll Leute getroffen, die auf mich nicht den Eindruck machten, als seien sie an meiner Mitarbeit interessiert. War echt bescheiden. Das hatte nichts mit meinen Hoffnungen und Erwartungen zu tun.

Ott: Ihr habt offensichtlich Bock auf Politik und arbeitet jetzt an dem Projekt JURATS. Könntet ihr euch es für euch selbst vorstellen, in einer U-25 Fraktion zu arbeiten, also für den Stadtrat zu kandidieren?

Frederike: Ja, klingt nach einer guten Erfahrung.

Denis: Ich kann mir das auch gut vorstellen.

Ott: Doing by learning, es geht dabei um eine Einladung zur Teilnahme an einem demokratischen Lernprojekt um dadurch etwas zu verändern. Was steht bei Euch persönlich an erster Stelle, der Wunsch etwas zu lernen oder der Wunsch nach politischer Veränderung?

Frederike: Veränderung ist wichtiger, weil wir hier in der Stadt leben und sehen, was falsch läuft. Das ist für mich der Grundgedanke, warum wir uns hier als Gruppe treffen. Dabei etwas zu lernen ist ein schöner Nebeneffekt.

Denis: Bei mir steht an erster Stelle der Wunsch, etwas zu lernen, weil ich nicht nur in meiner Freizeit Politik machen will, sondern auch beruflich. Mir ist die Erfahrung sehr wichtig. Wenn wir es schaffen, dabei Veränderung anzustoßen, wäre das klasse.

Ott: Warum Kommunalpolitik, Frederike, und nicht die großen Themen? Öffnungszeiten des Freibades oder Verabschiedung einer Baumschutzsatzung statt Flüchtlingsbewegung oder Klima?

Frederike: Die kleinen Themen bieten Umsetzungsmöglichkeiten und große Themen können auch vor Ort angegangen werden. Unser Nachhilfeprojekt ist doch das beste Beispiel: Junge Flüchtlinge werden integriert und lernen Deutsch. Da brauchen wir nicht auf die große Politik warten.

Ott: Wie werdet ihr bei eurem Flüchtlingsprojekt von der Schule und der Stadt unterstützt?

Frederike: Die Schule stellt die Räumlichkeiten und die Lehrer übernehmen die Aufsicht, die wohl rechtlich erforderlich ist.

Ott: Wünscht ihr euch noch mehr Unterstützung und wie könnte die Aussehen?

Frederike: Klar, wir bräuchten mehr und bessere Bücher. Am Anfang der Nachhilfe geht es auch nicht ohne Dolmetscher. Die fehlen ständig. Außerdem fände ich es gut, wenn das Projekt ein fester Bestandteil in der Stadt würde und die Stadt auf unser Projekt hinweisen würde.

Ott: Gibt es sonst noch Themen, die ihr auf der kommunalen Tagesordnung gerne sehen würdet?

Frederike: Aktuelle Themen sollten diskutiert werden. Ich wünsche mir mehr

Dynamik.

Die Kommunalpolitische Schule (KPS)

Ziel des Projektes ist die Gründung einer Kommunalpolitischen Schule nach der NRW- Kommunalwahl 2020. Die Schule soll von den Jugendlichen gegründet werden, die den Einzug in die Rathäuser in OWL geschafft haben. Auf regionaler Ebene soll damit eine Versammlung etabliert werden, deren Mitglieder von den Bürgern gewählt wurden. Sie entscheidet über die Form und die Inhalte der politischen Nachwuchsförderung für eine Legislaturperiode (bildungspolitisches Konzept). Träger der KPS soll ein Verein sein, der nach der Kommunalwahl 2020 in OWL von den gewählten JURATS gegründet werden soll.

Ihre Aufgaben

Die KPS setzt mit den JURATS ihr bildungspolitisches Konzept um. Hierzu gehört

die Entwicklung von Empfehlungen und Arbeitshilfen für die praktische Politik in den kommunalen Vertretungen und Körperschaften,
die Durchführung von OWL-weiten Fachtagungen, Workshops und Seminaren zum Zweck der Fortbildung und Information der Kommunalpolitiker und die Kontaktpflege zu den anderen Bildungseinrichtungen, Kommunen, Parteien, Gewerkschaften und allen Einrichtungen, die die politische Fortbildung oder Teilhabe junger Menschen inhaltlich oder finanziell unterstützen wollen.
Die KPS unterstützt und begleitet ihre Mitglieder bei der beruflichen und politischen Lebensplanung. Auch nach einer Legislaturperiode möchte die KPS für die ehemaligen Ratsmitglieder als Netzwerk zur Verfügung stehen. Die KPS unterstützt ihre Ortsgruppen bei der Dokumentation der Arbeit der JURATS und sorgt für eine Bündelung der Informationen auf OWL-Ebene, um interessierten Bürgern, Journalisten und Wissenschaftlern Auskunft über das Projekt erteilen zu können.

Die KPS verfolgt selbst kein allgemeinpolitisches Mandat. Von den JURATS wird erwartet, dass sie während ihrer Ausbildung nicht Mitglied einer Partei werden und sich an die freiheitlich demokratische Grundordnung halten.

Ihr Aufbau

Bis zu der Kommunalwahl ist der Verein Junge Ratsmitglieder (JURATS) e.V. mit Sitz in Bad Oeynhausen der Träger für dieses Projekt. Nach der Kommunalwahl verfügen dann hoffentlich viele Ortsgruppen über Ratsmitglieder, die in den Rathäusern in OWL U-25 Fraktion gründen.

Die Ortsgruppen übernehmen während der Legislaturperiode eine beratende und dokumentierende Funktion. Mitglieder, die ein kommunalpolitisches Bildungsangebot (Projekt, Referat, Seminar) organisieren wollen, können sich hier zusammenfinden. Mit der Dokumentation der Arbeit der JURATS kommt ihnen die Aufgabe zu, für Kontinuität zwischen den Wahlperioden und für einen Wissenstransfer zwischen den verschiedenen Jahrgängen zu sorgen.

Alle in die Rathäuser gewählten Mitglieder der U-25-Fraktionen bilden die Mitgliederversammlung des Trägervereins der KPS.

Die Mitgliederversammlung wählt aus den eigenen Reihen einen geschäftsführenden Vorstand, sie stellt einen Haushaltsplan auf und entscheidet über die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter.

Ferner wählt die Mitgliederversammlung einen Beirat mit Personen, die nicht Mitglied der Mitgliederversammlung sein müssen. In diesem Beirat können z.B. Bürgermeister, Wissenschaftler und Privatpersonen sitzen, die für die Arbeit des Vereins von besonderer Bedeutung sind.

Die Mitgliederversammlung trifft die Entscheidungen über die wesentlichen

Inhalte und Projekte, mit der sich das Netzwerk in einer Legislaturperiode auseinandersetzen möchte.

Am Ende einer Legislaturperiode verlieren ihre Entscheidungen, einschließlich ihrer Personalentscheidungen die Wirkung, um dem nächsten Jahrgang den notwendigen Freiraum für eigene Erfahrungen zu sichern.

Die Zusatzausbildung in der KPS

Es handelt sich natürlich nicht um eine klassische Schul- oder Berufsausbildung. Deswegen bezeichnen wir den Lernprozess als Zusatzausbildung.

Die Idee, eine politische Zusatzausbildung absolvieren zu wollen, beginnt mit dem Wunsch des Absolventen, sich in die politische Gestaltung seiner nächsten Umgebung einbringen zu wollen. Ob dabei das Gefühl vorherrscht, etwas gegen die Ungerechtigkeit in dieser Welt unternehmen zu wollen, oder ob die Aufwandsentschädigung lockt, um damit Schule, Lehre oder Studium (mit) zu finanzieren, spielt erst einmal keine Rolle. Voraussetzung ist die Bereitschaft, etwas über demokratische Organisation unserer Gesellschaft lernen zu wollen. Wichtig ist dabei, dass der Wille da ist, die Sache mit der notwendigen Disziplin anzugehen. Dazu gehört es, pünktlich und regelmäßig an den Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen teilzunehmen. Je nach Größe der Kommune und der Anzahl der Gremien ist dies mit einem Zeitaufwand zwischen 5 und 15 Stunden pro Woche verbunden. Ferner ist Voraussetzung für die Ausübung des Mandats, dass das JURAT seinen Lebensmittelpunkt (erster Wohnsitz) in dem Ort hat, dessen Rat es angehören möchte. Es muss also in die Lebensplanung passen, mindestens für eine halbe Legislaturperiode (2,5 Jahre) in dem Heimatort wohnen zu bleiben.

Am Anfang der Ausbildung steht die Kandidatur für einen Platz auf der Wahlliste (Listenplatz) einer Ortsgruppe der KPS. Bei der Aufstellung der

Wahlliste haben die Mitglieder des Vereins JURATS e.V. mit Wohnsitz in dem jeweiligen Gemeindegebiet ein Stimmrecht (aktives Wahlrecht). Sie entscheiden darüber, wer an welcher Stelle auf der Liste steht. Passives Wahlrecht, also die Möglichkeit auf die Wahlliste des Vereins gewählt zu werden, hat jeder wahlberechtigte Einwohner der jeweiligen Stadt. Da die JURATS aber die politische Nachwuchsförderung von jungen Menschen unter 25 Jahre verfolgen, hat eine Kandidatur einer älteren Person für einen Listenplatz nur wenig Aussicht auf Erfolg.

Die Wahlliste des Vereins wird neben den Wahllisten der Parteien und den Listen der anderen Wählervereinigungen den Bürgern bei der Kommunalwahl zur Abstimmung vorgelegt. Die Personen, die auf den vorderen Plätzen der Listen stehen, werden neben den Direktkandidaten in den Stadtrat für die Dauer einer Wahlperiode (Legislaturperiode, 5 Jahre) gewählt. Wie viele Kandidaten von der jeweiligen Liste in den Stadtrat gewählt werden, ist von dem prozentualen Wahlerfolg abhängig.

Die Bewerber um einen Listenplatz werden von dem Verein JURATS dabei unterstützt, ein „politisches Profil“ schriftlich zu verfassen: Warum interessiere ich mich für Politik? Habe ich bereits Erfahrung? Gibt es Dinge in meiner Stadt oder in der Welt, die mich ganz besonders stören oder die ich unbedingt unterstützen möchte? Wie sieht meine Lebensplanung aus? Passt es in meine Lebensplanung in den nächsten 2,5 oder 5 Jahren vor Ort zu bleiben? Habe ich bereits eine Idee, wie ich die mir wichtigen Themen als Kommunalpolitiker angehen möchte? In welchem Ausschuss möchte ich arbeiten? Wieviel Zeit kann ich realistisch pro Woche investieren?

Nach der Wahl ist zunächst eine Orientierungsphase nötig. „Lehrmeister“ sind hier die Mitglieder der Ortsgruppe der KPS, der Bürgermeister, die Verwaltung, die anderen Ratsmitglieder und eine aufmerksame Redaktion der Lokalzeitung. In dieser Phase sind eine Fraktion zu bilden, Ausschüsse und sonstige Gremien zu besetzen und die ersten Erfahrungen als gewählter Kommunalpolitiker zu

sammeln.

Nach der Orientierungsphase findet die erste und die satzungsgebende Vollversammlung der KPS statt. In Workshops werden die Möglichkeiten, die sich aus der Wahl für die KPS insgesamt und für jedes einzelne Mitglied ergeben, herausgearbeitet.

Das bei der Bewerbung um einen Listenplatz gefertigte Profil des JURATS wird überarbeitet und um eine konkrete Zielplanungen ergänzt. Womit will ich mich beschäftigen? Bin ich dafür in den richtigen Ausschüssen? Mit wem muss ich vor Ort zusammenarbeiten, um mein Thema voranzubringen? Welche Fertigkeiten brauche ich dafür?

Die Mitgliederversammlung beschließt zu den Bedürfnissen ihrer Mitglieder einen Lehrplan, aus dem hervorgeht, welche begleitenden Seminare, Workshops, Referate und Projekte zu den verschiedenen Themen angeboten werden sollen (bildungspolitisches Konzept).

Während der Legislaturperiode wiederholen sich die Mitgliederversammlungen und sollen der Erfolgskontrolle dienen.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode muss das Thema angegangen werden, wie ein JURAT einen potentiellen Nachfolger gewinnen und vielleicht auch schon einarbeiten kann. Rotation zu versprechen, aber nicht vorzubereiten, funktioniert bekanntlich nicht. Vielleicht spricht die Mitgliederversammlung auch eine Richtungsempfehlung aus (jung + Frau, jung + Mann, jung + EU-Ausländer).

Am Ende der Legislaturperiode wird dann die Frage von Bedeutung sein, ob und wie das politische Engagement der JURATS außerhalb der Ratsarbeit fortgeführt werden kann.

Nach einer Legislaturperiode steht dann hoffentlich eine ganze Reihe junger Menschen da, die viel über sich, ihren Ort, ihre Mitbürger und über Politik gelernt haben. Junge Menschen, die auf eine hoffentlich gut geführte Dokumentation ihrer Arbeit zugreifen können, um sich gemeinsam oder alleine für andere Aufgaben zu bewerben. Junge Menschen, die dann hoffentlich Fertigkeiten gelernt haben, die ihnen im klassischen Bildungssystem nur selten vermittelt werden: Die Fähigkeit Projektarbeit im Team zu gestalten. Die Fähigkeit sich und andere für etwas zu begeistern. Die Fähigkeit quer zu denken und Dinge nicht als unumstößlich anzuerkennen.

Im Mittelpunkt des Bildungskonzepts steht also das Prinzip learning by doing. Der Begriff "Learning by doing" (Lernen durch Handeln, Lernen durch Tun) als pädagogischer Fachausdruck bezeichnet ein Lernkonzept: Lernerfolge sind nur möglich, wenn Dinge ausprobiert und anschließend reflektiert werden. Dabei sollen Lernende in einer Lernumwelt experimentieren und dabei selbst die Realität entdecken.

Dass Experimentieren auf kommunaler Ebene erlaubt ist, wird in dem Kapitel „Nachwuchsförderung als kommunale Aufgabe“ erläutert. An dieser Stelle soll kurz erläutert werden, warum der Rathaussaal ein sehr geeigneter Ort ist, um Politik zu lernen. Unter den Augen der Öffentlichkeit kommunizieren hier ehrenamtliche Politiker mit einer professionellen Verwaltung, die von einem demokratisch direkt legitimierten hauptamtlichen Bürgermeister geleitet wird. Die Probleme einer Stadt kommen hier auf den Tisch. Die Verwaltung und der Bürgermeister müssen Lösungen präsentieren und auf Fragen und Anregungen eingehen. In der Regel sind alle Parteien des Bundestages auch im Rathaus vertreten und liefern reichlich Beispiele für politisches Handeln und Abwägen. Regelmäßige Abstimmungen zwingen die Beteiligten dazu, Positionen zu entwickeln und sie über die verschiedensten Medien zu vertreten. Alle Beteiligten, bis auf die Verwaltung, sind durch demokratische Wahlen direkt legitimiert. Sie reden und handeln auf Augenhöhe. Der Rat einer Stadt ist das El Dorado für learning by doing.

Mögliche Bildungsinhalte

Die Bildungsinhalte werden von den Jugendlichen auf OWL-Ebene für jede Legislaturperiode selbst bestimmt.

In Seminaren können politisches Handwerkszeug, Fragen der Persönlichkeitsfindung und inhaltliche Themen behandelt werden, wie z.B.:

Rhetorik; Umgang mit Medien; Wer manipuliert mich wie?; Wie funktioniert demokratische Willensbildung (Staatskunde, kommunales Verfassungsrecht)?;

Der Politiker als Vorbild, kann ich das?; Wie werden Politiker korrupt?; Zwischen Aussitzen und politischer Standhaftigkeit, wann muss ein Politiker gehen?; Was ist ein Populist und wie geht man mit ihm um?;

Neben der Frage, wie große Themen, z.B. Energiewende, Verkehr, Soziale Gerechtigkeit und Flüchtlingsbewegung kommunal angegangen werden können, können auch kommunalpolitischen Themen im engeren Sinne, wie z.B. Haushalt, Natur – und Umweltschutz, Jugend, Soziales auf der Tagesordnung stehen.

Finanzierung

Ratsmitglieder erhalten in NRW für ihre Tätigkeit Aufwandsentschädigungen. Ohne rechtlich hierzu verpflichtet zu sein, erfüllen die meisten Ratsmitglieder die Erwartungen ihrer Parteien und spenden an sie zwischen 10 und 30 % dieser Gelder. Die Aufwandsentschädigungen setzen sich aus einer pauschalen Vergütung und/oder Sitzungsgeldern zusammen. Ihre Höhe ist abhängig von der Größe der Gemeinde (190 bis 520 € pro Monat). Ferner gibt es für Fraktionsvorsitzende den doppelten Satz und noch Zahlungen für die Fraktionsgeschäftsführung.

Die genaue Höhe der Gelder, die die Kommunen in OWL ihren Politikern zu Verfügung stellen, ist deswegen nur mit einem größeren Aufwand zu ermitteln. Wir halten es aber für realistisch, dass pro JURAT und Monat im Durchschnitt 50 € an die KPS gespendet werden könnte. In OWL gibt es 51 Städte und 18 Gemeinden. Schätzen wir, dass diese Kommunen im Schnitt 30 Ratsmitglieder haben, dann reden wir über ca 2000 Ratsmandaten. Schätzen wir weiter, dass es gelingt in 23 Städten und Gemeinden (1/3 der Orte in OWL) aus 15 % der Ratsmandate Ausbildungsplätze für junge Nachwuchspolitiker zu machen, dann hätten wir 103 neue Politiker, die im Monat zusammen 5000 € an die KPS spenden könnten. Dieses Geld reicht als Basis aus, um ein Büro mit zwei bescheidenen hauptamtlichen Mitarbeitern zu unterhalten. Das ist ein Anfang!

Um dahin zu kommen, müssen Spenden für einen Wahlkampf gesammelt werden. Auch die Kosten für den Wahlkampf können gegenwärtig nur grob geschätzt werden, weil es zu viele Unbekannte gibt. Nehmen wir bis zu einer genaueren Spezifizierung einfach die anvisierten 23 Städte und multiplizieren diese Zahl mit 5000 €. Um eine erfolgreiche Kampagne in OWL 2020 führen zu können, sollten Ende 2018 in der Kasse also 115.000 € sein. Das sollte möglich sein. Das Doppelte wäre besser, weil im Prinzip zwei Kampagnen geführt werden müssen: 1. die Kandidatensuche und 2. der Wahlkampf.

Bei der Finanzierung des Projektes hat auch wieder absolute Transparenz Priorität! Was auf dem Konto ist, wer wie viel gespendet hat und wer welche Spesen abrechnet, muss jederzeit im Internet nachzulesen sein.

Kampagne OWL 2020, Kommunalwahl in NRW

Phase I

Diskussionen führen, Geld sammeln, Verteiler aufbauen, Multiplikatoren suchen, Professionelle Begleitung aus Wissenschaft und Medien suchen.

Phase II

Ortsverbände in OWL gründen

Phase III ab 2020

Listen aufstellen

Phase IV

Wahlkampf

Motto finden

Zum Beispiel:

Wir in OWL schaffen das, was die Parteien nicht schaffen oder

doing by learning oder

100 neue Politiker oder

unfuck the system oder

Jugendliche in die politische Verantwortung bringen, Demokratie leben

Zielgruppen definieren

Wir wollen auf kommunaler Ebene Nichtwähler, Protestwähler, Jugendliche und Demokratieversteher als potentielle Wähler ansprechen. Der Verdruss über den verkrusteten Parteienstaat und die mangelhafte Transparenz auf allen Ebenen sind die verbindenden Themen.

Nichtwählern wollen wir klar machen, dass sie wählen gehen können, weil sie diesmal keine Politiker im klassischen Sinn wählen brauchen.

Protestwählern erklären wir, dass wir auch gegen das Establishment sind, aber dieses auf eine sehr konstruktive Art. Mehr Protest, als junge Menschen, die bei jeder Kommunalwahl frische Gesichter präsentieren wollen, ist schwer vorstellbar.

Jugendliche sollten wir überzeugen, dass ihre Themen am besten von ihnen

selbst vertreten werden können.

Demokratieversteher haben das Projekt verstanden und wählen deswegen die JURATS auf kommunaler Ebene.

Argumente auf den Punkt bringen:

- Parteipolitik auf kommunaler Ebene: Nein Danke
- Parteipolitisches Band zwischen Kommune und Staat lockern und dadurch kommunale Selbstverwaltung stärken
- Jugendlichen mehr Teilhabe verschaffen
- Politik verständlicher und transparenter machen
- Neue Leute, neue Ideen, neue Perspektiven
- Repräsentative Demokratie von unten erneuern
- Populismus hinterfragen
- Institution mit Kontinuität schaffen

Gegner definieren

- Parteien auf kommunaler Ebene
- Populisten auf jeder Ebene

Phase V

Nach der Wahl: Vernetzung, Beginn Demokratieexperiment, Umsetzung des Bildungskonzepts

Was Sie tun können

- Multiplikator werden, Diskussionsbeiträge liefern und die Seite weiterempfehlen,

- Geld sammeln und spenden,
- Mitglied im Verein JURATS e.V. werden,
- das Projekt professionell begleiten (Medien und Wissenschaft),
- einen eigenen Ortsverband (OV) gründen.